

E-PAPER

Heinrich Bölls '68:

Eine Annäherung in
sechs Lektüren

VON RALF SCHNELL

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, August 2018

Heinrich Bölls '68: Eine Annäherung in sechs Lektüren

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
«Die Studenten sollten in Klausur gehen»	5
«Plädoyer für einen Freund»	8
«Taceat Ecclesia»	11
«Ein Brief aus Prag»	13
«Notstandsnotizen»	15
«Für Peter Huchel»	18
Antwort geben auf die Fragen der Zeit	20

Einleitung

Was ist, was war <1968>? Die Zahl der Deutungsversuche, die dem Jahr eine angemessene historische Einordnung geben wollen, ist groß. Reich an historischen Ereignissen war dieses Jahr gewiss: Außerparlamentarische Opposition, Studentenrevolte und Hippie-Bewegung, Notstandsgesetze und Springer-Konzern, Vietnam und Dritte Welt, «Prager Frühling», Kalter Krieg, die päpstliche Enzyklika «*Humanae vitae*» – um nur die wichtigsten zu nennen. Und ebenso gewiss ist es eine Chiffre für die Modernisierung der westlichen Gesellschaften und so zu einem Mythos geworden.

Ob Ereignisgeschichte, ob Chiffre oder Mythos – der Schriftsteller Heinrich Böll (1917-1985) hatte an allen drei Kategorisierungen seinen eigenen, unverwechselbaren Anteil. Einige der wichtigsten der genannten Ereignisse und Entwicklungen hat er zum Gegenstand seiner Interventionen gemacht. Sie besitzen in seiner Biographie markante Korrespondenzpunkte: Erfahrungen, die zurückreichen bis in seine Jugend, ins Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg. Zugleich finden sich in seiner schriftstellerischen Entwicklung thematische Verwandtschaften, die ihrerseits auf bemerkenswerte Kontinuitäten deuten. Sein gesellschaftspolitisches Engagement gegen restaurative Tendenzen im Westen, sein entschiedenes, zu keinem Zeitpunkt kompromissbereites Eintreten für Dissidenten im Ostblock – all seine Äußerungen aus dem Jahr 1968 sind in einem breiten Spektrum von Arbeiten aus der Nachkriegszeit und den 1950er Jahren vorbereitet.

Böll kommt im Zusammenhang mit <1968> eine herausragende Rolle zu: als politisches Vorbild, als öffentliche Figur und als charismatische Persönlichkeit. Der spätere Literaturnobelpreisträger (1972) war zu diesem Zeitpunkt bereits ein international bekannter Autor, Verfasser teils einmütig gerühmter, teils heftig umstrittener Romane wie *Und sagte kein einziges Wort* (1953), *Das Brot der frühen Jahre* (1958), *Haus ohne Hüter* (1960), *Billard um halb zehn* (1959) und *Ansichten eines Clowns* (1963). Er galt als Satiriker von hohen Graden, dessen *Briefen aus dem Rheinland* das Wochenmagazin *Die Zeit* in den Jahren 1962 und 1963 wiederholt breiten Raum gegeben hatte. Und er war ein prominenter Zeitgenosse, dessen Interventionen bisweilen heftige Kontroversen auszulösen pflegten, in der Bundesrepublik Deutschland wie in der DDR, auch in der Sowjetunion und selbst im damaligen Jugoslawien. Sein 100. Geburtstag hat Person und Werk im vergangenen Jahr ins kulturelle Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland zurückgerufen. Publikationen würdigten Leben und Wirkung. Fernsehen, Rundfunk und Presse gedachten seiner. Durch Ringvorlesungen und auf Tagungen wurden ihm akademische Ehren erwiesen. Und selbst der Bundespräsident ließ es sich nicht nehmen, Heinrich Böll zwei Soirées zu widmen.

Was also war, was ist <1968> im Hinblick auf den Schriftsteller und Intellektuellen Heinrich Böll? An sechs Texten Bölls aus dem Jahr 1968 soll diese Frage im Folgenden erörtert

werden.^[1] Sie befassen sich mit unterschiedlichen Themen und Problemen, doch sie stehen, vermittelt über die Person ihres Autors, in enger Verbindung zueinander. Es geht um die Studentenbewegung, um Dissidenten in der Sowjetunion und um die katholische Kirche, um den Einmarsch der Ostblockstaaten in die Tschechoslowakei, um die Verabschiedung der Notstandsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland – und es geht um ein kleines Gedicht.

1 Bölls Texte werden im Folgenden zitiert nach der im Verlag Kiepenheuer & Witsch in den Jahren 2002 bis 2010 erschienenen 27-bändigen Kölner Ausgabe seiner Werke (KA Band, Seitenzahl).

«Die Studenten sollten in Klausur gehen»

Am 19. April 1968 veröffentlichte der *Kölner Stadt-Anzeiger* einen Leserbrief, in dem Heinrich Böll den Aktivisten der Studentenbewegung öffentlich einen gut gemeinten Rat gab. «Die Studenten sollten einen oder zwei Monate in Klausur gehen und sich andere, gewaltlose, aber wirksame Methoden überlegen», lautete die Empfehlung des Schriftstellers; und seine Begründung war von einer buchstäblich entwaffnenden Hellsicht: «Gegen die offenbar zur Schärfe aufgeforderte Polizei sind sie machtlos.» (KA 15, S. 332).

Nur wenige Tage vor dieser Veröffentlichung, am 11. April, war auf den bekanntesten Sprecher der Studentenrevolte, das SDS-Mitglied Rudi Dutschke, in West-Berlin ein Attentat verübt worden. Der 22-jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann, ein Neo-Nazi, hatte mit dem Ruf «Du dreckiges Kommunistenschwein» dreimal auf Dutschke geschossen und ihn lebensgefährlich verletzt. Noch am selben Tag, dem Gründonnerstag des Jahres 1968, führte dieser Anschlag zu massiven Protesten gegen den Springer-Konzern, dessen Flagg-schiff, die *Bild*-Zeitung, verschiedentlich zu Übergriffen gegen die «Rädelsführer» der Studentenrevolte aufgerufen hatte. Vor dem Berliner Verlagshaus und ebenso in Hamburg, München, Köln und anderen Städten mit Springer-Niederlassungen kam es zu Demonstrationen und Blockaden. Molotowcocktails flogen, Brandanschläge galten den Auslieferungsfahrzeugen des Verlags. Mehr als 350 Polizisten schützten allein das Springer-Hochhaus in Berlin, zwanzigtausend sollen in ganz Deutschland im Einsatz gegen die Demonstranten gewesen sein. Angesichts dieser Übermacht war gewaltsamer Protest gegen den Springer-Konzern und Widerstand gegen die Polizei in der Tat wenig aussichtsreich.

Soviel zur Vorgeschichte und zum Kontext jenes Leserbriefs.

Am selben Tag, dem 19. April 1968, veröffentlichte das Wochenmagazin *Die Zeit* einen Text mit dem Titel «Die Erklärung der Vierzehn», eine Stellungnahme zu diesen Vorgängen, die eine intellektuelle Elite hochkarätiger Publizisten und Gelehrter unterzeichnet hatten, darunter Theodor W. Adorno, Ludwig von Friedeburg, Walter Jens, Eugen Kogon, Golo Mann, Alexander Mitscherlich, Helge Pross, Helmut Ridder – und eben auch Heinrich Böll. Die vierzehn Unterzeichner einte erklärtermaßen die Sorge um den «Zustand unserer Gesellschaft»: «Angst und mangelnde Bereitschaft, die Argumente der studentischen Opposition ernst zu nehmen, haben ein Klima geschaffen, in dem die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß.»

Böll war vermutlich nicht nur Unterzeichner, sondern auch Ko-Autor der «Erklärung» – diesen Gedanken legt zumindest ein Vergleich des *Zeit*-Textes mit seinem Leserbrief nahe. Im *Kölner Stadt-Anzeiger* konnte man lesen: «Was den <Volkszorn> betrifft, so beruht er auf falschen Informationen, auf Vorurteilen, auf Angst vor Unruhe, die die einzige mögliche Reaktion auf die betriebene Verschleierung wäre.» (KA 15, S. 331)

Auf beiden Foren, in der Leserbriefspalte des *Kölner Stadt-Anzeigers* wie im Feuilleton der *Zeit*, erweist sich der Schriftsteller als Intellektueller, der entschiedene Position bezieht und Partei nimmt. Hier wie dort bringt er Argumente zur Geltung, die man als Essentials seiner gesellschaftskritischen Stellungnahmen bezeichnen darf, nicht nur des Jahres 1968: Er zeigt sich als Gegner der Springer-Presse, als Kritiker öffentlich vorgetragener Schmähungen und Beschimpfungen, als Fürsprecher von Minderheiten und als unmissverständlicher Anwalt der Gewaltlosigkeit.

Bei genauerer Lektüre entdeckt man im Text des Leserbriefs allerdings eine Variante, die diesen von der «Erklärung der Vierzehn» in signifikanter Weise unterscheidet. Sie offenbart den tieferen Grund für Bölls Parallelaktion. «Als Schriftsteller», so konnte man seinerzeit im *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen, «zähle ich von Natur zur außerparlamentarischen Opposition, als Steuerzahler überlege ich, ob es Aufgabe der Polizei ist, die Auslieferungen der Zeitungen eines Konzerns zu garantieren.» (KA 15, S. 332) Die Anspielung auf die Überlegungen des Steuerzahlers nimmt die Debatte über das Verhältnis von Künstler und Staatsbürger unverkennbar mit einem ironischen Unterton auf. Der Hinweis auf die außerparlamentarische Opposition hingegen enthält mehr als einen nur rhetorischen Vorbehalt. Dass sich Heinrich Böll als Schriftsteller «von Natur» zur außerparlamentarischen Opposition zählte, war kein politisches – es war vor allem ein poetologisches Bekenntnis. Es spricht von seinem Selbstverständnis als Autor, von der unauflöselichen Verbindung von Engagement und Poesie, davon, dass Literatur in einem weiten Sinn – als Publizistik und Gespräch, Essayistik und Diskussion, Pamphlet und Polemik, ja: selbst als Leserbrief – notwendiger Bestandteil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist.

Fünf Jahre später hat Böll diesem Bekenntnis eine ausführliche Begründung unter dem programmatischen Titel «Einmischung erwünscht» nachgereicht, die zuerst – in einer gekürzten Fassung – in der *New York Times* erschienen ist. «Wir Autoren sind die geborenen Einmischer», kann man da lesen. Und zur Begründung heißt es: «Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.» (KA 18, S. 190) Den Kontext bildet hier nicht die längst abgeklungene Revolte der Studenten oder die ebenfalls abgeflaute außerparlamentarische Opposition oder die publizistische Übermacht des Springer-Konzerns. Vielmehr steht nun ein nicht weniger gewichtiges Problem zur Diskussion: die weltweit zu beobachtende Verfolgung, Folterung und Ermordung von Schriftstellern, Akademikern und Intellektuellen, in Ost und West. Böll benennt Systeme und Staaten, Organisationen und Institutionen, Täter und Opfer. Er verweist zur Unterstützung der Betroffenen auf die Bankverbindung des «PEN EMERGENCY FUND for Writers in Prison und deren Familien». Und er schließt mit einer durchaus nicht salvatorisch gemeinten Klausel, die sich an die Schriftsteller, Akademiker und Intellektuellen hierzulande richtete: «Ich bitte um Einmischung in die Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland.»

Vermutlich hätte Böll sich im Jahr 1968 noch deutlicher zugunsten der Studenten eingemischt, wäre ihm der Wahrheitsgehalt seiner Warnung vor der «zur Schärfe

aufgeforderten Polizei» in seiner vollen Bedeutung bewusst gewesen. Was er nicht wissen konnte: Der Berliner Verfassungsschutz hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen V-Mann namens Peter Urbach angeworben, der die Demonstranten vor dem Springer-Hochhaus am 11. April 1968 mit Molotow-Cocktails und später vermutlich auch die RAF mit Waffen versorgt hatte. Er konnte später mit Unterstützung seiner Auftraggeber untertauchen.

«Plädoyer für einen Freund»

Solidarität, Fürsorge, Freundschaft – Böll hat diese Variablen der Empathie verschiedentlich praktiziert, nicht nur innerhalb seiner Familie oder gegenüber ihm nahestehenden Menschen, sondern ebenso im Verhältnis zu Schriftstellerkolleginnen und -kollegen, selbst über die Landesgrenzen hinaus. Empört und mitleidend zugleich reagierte er etwa auf die Unterdrückung von Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen, auch und gerade im Ostblock und insbesondere in der Sowjetunion. Alexander Solschenizyn wäre hier an erster Stelle zu nennen, dem Böll nach dessen Ausbürgerung sein Haus zur Verfügung stellte; ferner Andrej Sacharow, Andrey Amalrik und Josif Brodsky, ebenso Konstantin Bogatyrow und Boris Birger, Efim Etkind und Vladimir Bukowski. Wobei Böll seine praktizierte Empathie durchaus nicht in allen Fällen öffentlich machte – dann jedenfalls nicht, wenn es galt, gefährdete Personen zu schützen.

Bisweilen aber war, ganz im Gegenteil, die Herstellung von Öffentlichkeit dringend erforderlich. Ein konkretes Beispiel: Am 10. Mai 1968 – auf den Tag genau 35 Jahre nach der Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten in Deutschland – veröffentlichte Heinrich Böll in der *Zeit* sein «Plädoyer für einen Freund» mit dem Untertitel: «Die Verfolgung der sowjetischen Intellektuellen: Wasser auf die Mühlen der Gegner» (KA 15, S. 333f.). Den Anlass zu diesem Text bot ein Beitrag in Nummer 18/1968 der vom sowjetischen Schriftstellerverband herausgegebenen Zeitschrift *Literaturnaja Rossija*. In ihm war – neben anderen Intellektuellen und Künstlern – auch der Germanist und Literaturkritiker Lew Kopelew wegen angeblicher «Prinzipienlosigkeit und Verleumdungen» attackiert worden. Den Hintergrund dieses Angriffs bildete die Unterstützung, die Kopelew Schriftstellern wie Alexander Ginzburg und Jurij Timofejewitsch Galanskow hatte zuteilwerden lassen, Dissidenten und Autoren von Samisdat-Literatur, von Texten also, die lediglich im Untergrund verbreitet werden konnten oder ins Ausland geschmuggelt werden mussten, um eine Öffentlichkeit überhaupt zu erreichen. Beide, Ginzburg wie Galanskow, waren verschiedentlich eingesperrt, als «geisteskrank» in die Psychiatrie verbracht und zu mehrjähriger Lagerhaft verurteilt worden. Unter anderem hatten sie in einem *Weißbuch* über den im Februar 1966 gegen Andrej Sinjawski und Juli M. Daniel geführten Prozess berichtet, der auch für diese beiden Dissidenten mit langjährigen Lagerhaftstrafen endete. In der Zeitschrift *Literaturnaja Rossija* wurden die Verteidiger der Dissidenten «anti-sowjetischer Propaganda» bezichtigt – «Wasser auf die Mühlen der schlimmsten Gegner des sowjetischen Staates» geleitet zu haben, lautete der Vorwurf.

Böll schildert diese Hintergründe in seinem knappen «Plädoyer für einen Freund» mit wenigen, sachlichen, treffenden Bemerkungen. Ohne Vorbehalt tritt er für die Samisdat-Autoren in der Sowjetunion und ihre Unterstützer ein. Explizit würdigt er ihre «große Kühnheit, jene Briefe an die Partei- und Staatsfunktionäre zu schreiben». Entschieden nimmt er – der sich ausdrücklich nicht zu den «schlimmsten Gegnern des sowjetischen Staates» zählt – Partei für das Recht der Schriftsteller, «sich selbst, durch ihr Dasein, durch ihre

Selbstverständlichkeit» zu vertreten und auf diese Weise «Verständigung und Frieden» zu praktizieren. Böll sieht die Gefahren, die von einer weiteren Verschärfung der politischen und juristischen Gangart gegenüber den Verteidigern der Dissidenten ausgeht: ... «es wäre viel Wasser auf die Mühlen aller Gegner der Sowjetunion und ein neuer Triumph für alle, die an Verständigung nicht glauben wollen und schon die Hoffnung darauf für ein Verbrechen halten». Und er befürchtet, dass die wenigen Anzeichen für das Bestehen einer «deutsch-sowjetischen Freundschaft», die diesen Namen verdient, verloren gehen könnten.

Nicht ohne Grund nennt Böll in diesem Zusammenhang wiederholt den Namen Kopelew. Der Literaturwissenschaftler – bereits 1945 zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, von 1961 bis 1968 am Moskauer Institut für Kunstgeschichte tätig, später wegen seines Eintretens für oppositionelle Intellektuelle mit Parteiausschluss, Schreibverbot und dem Verlust seiner Stelle bestraft – zählte für Böll seit 1961, seit seiner ersten Reise in die Sowjetunion, zu den engsten Gesprächspartnern. Kopelew hatte ihn bei Reisen in die Sowjetunion mit Informationen über Geschichte und Kultur des Landes unterstützt, ihm Gesprächskontakte vermittelt, auch zu Dissidenten, um Hilfe gebeten, wo es erforderlich war. So entwickelte sich im Laufe von Jahrzehnten eine intensive Freundschaft, die Böll bewogen hatte, im Mai 1968 gegenüber der sowjetischen Kulturbürokratie gerade für *diesen* Freund ein Plädoyer zu halten. Eine Freundschaft, die sich auch nach Kopelews Ausreise und seiner Ausbürgerung aus der Sowjetunion Anfang der 1980er Jahre bewährte – sie ist in dem 2011 veröffentlichten *Briefwechsel* zwischen Heinrich Böll und Lew Kopelew eindrucksvoll dokumentiert.

Doch Kopelews Name steht an dieser Stelle für mehr als nur ein enges persönliches Verhältnis zweier bedeutender Intellektueller. Er steht zugleich exemplarisch für Bölls Unbestechlichkeit in Fragen politischer und künstlerischer Freiheit. Immer wieder – sowohl um 1968 als auch, in besonderem Maße zur Zeit des RAF-Terrors in den 1970er Jahren – hat man Böll politische Einäugigkeit vorgehalten, ihn als Salon-Kommunisten bezeichnet und als Sympathisanten des Terrorismus denunziert, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso wie in der Springer-Presse und im Boulevard-Journalismus.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Nur eine Woche nach der Veröffentlichung des *Zeit*-Beitrags «Plädoyer für einen Freund» mit seiner unmissverständlichen Kritik an der Sowjetunion, am 17. Mai 1968, erschien im *Rheinischen Merkur* unter dem Titel «Traum eines Revolutionärs» ein Artikel, der sich mit dem Kongress des Komitees «Notstand der Demokratie» im Bonner Hofgarten befasste: «Dort verkündete als erster Sprecher des Rotstandskomitees der Kölner Schriftsteller Heinrich Böll», so war hier zu lesen, «daß wegen der totalen Zensur im Bonner Polizeistaat schon seit 20 Jahren die gesamte deutsche Linksliteratur in Moskau gedruckt werden müsse...» Der Artikel war offenbar in satirischer Absicht verfasst worden. Zu diesem Zweck bediente er sich all jener Klischees, Verleumdungen und Unwahrheiten, die über Böll im Umlauf waren, auf eine nicht eben intelligente oder gar elegante, sondern auf eine – wie Böll in einer brieflichen Replik betont hat – durchaus «mißglückte» Weise. Zu den «mißglückten» Signalen zählte etwa die neben ein

großes Foto eingerückte Zeile «Böll unter roten Fahnen» – eine schlichte Unwahrheit. Böll sah sich zu dem Hinweis genötigt: «Weder zeigt die Photographie rote Fahnen, noch befanden sich auf der Tribüne rote Fahnen.» (KA 15, S. 344f.) Auch hatte er zuvor weder von «totaler Zensur» gesprochen noch gar die Bundesrepublik Deutschland als «Bonner Polizeistaat» bezeichnet, noch hatte er sich etwa als Sprecher eines «Rotstandskomitees» von der Linken vereinnahmen lassen. Sein «Plädoyer für einen Freund» sprach dann auch eine sehr andere Sprache, als der *Rheinische Merkur* ihm unterstellen wollte, eine unmissverständliche Sprache, die jedermann verstehen konnte – die Bereitschaft hierzu vorausgesetzt. Bölls Engagement in Sachen Lew Kopelews am 10. Mai 1968 bot hierfür ein gutes Beispiel.

Es sollte nicht das einzige bleiben. Zehn Jahre später, am 20. Januar 1978, publizierte Böll – wiederum in der *Zeit* – seine «Öffentlich vorgetragene Bitte an Akusto-Aggressoren» (KA 20, S. 140f.), eine ironische Reflexion anlässlich der Tatsache, dass Kopelews Telefon durch den sowjetischen Staatssicherheitsdienst dauerhaft abgestellt worden war. Bölls amüsierte Empfehlung an die staatlichen Überwacher lautete: «Lassen Sie ihn wieder telefonieren! Es entgeht Ihnen etwas – und uns, mir etwa! Aber vor allem Ihnen! Wieviel langweiliges, belangloses Zeug müssen Sie da täglich schlucken, wieviel Partei- Spitzel-, Funktionärschinesisch. Lassen Sie ihn doch wieder fluchen und schimpfen. Er verbirgt nichts, weil er nichts zu verbergen hat; mit so viel vorsichtigen Telephonierern haben Sie zu tun, gönnen Sie sich diesen unvorsichtigen.»

«Taceat Ecclesia»

Am 25. Juli 1968 verkündete Papst Paul VI. die Enzyklika «*Humanae vitae*» (HV). Sie sollte die katholische Lehre bekräftigen, dass «Mann und Frau durch ihre gegenseitige Hingabe, die ihnen in der Ehe eigen und ausschließlich ist, nach jener personalen Gemeinschaft [streben], in der sie sich gegenseitig vollenden, um mit Gott zusammenzuwirken bei der Weckung und Erziehung neuen menschlichen Lebens» (HV 8). Diese gewundene Formulierung bedeutete – vor dem Hintergrund der seit Kurzem auf dem Markt befindlichen Antibabypille – die Verpflichtung des ehelichen Liebeslebens auf den Zweck der Fortpflanzung. Aus diesem Grund sei «jede Handlung verwerflich, die entweder in Voraussicht oder während des Vollzugs des ehelichen Aktes oder im Anschluß an ihn beim Ablauf seiner natürlichen Auswirkungen darauf abstellt, die Fortpflanzung zu verhindern, sei es als Ziel, sei es als Mittel zum Ziel» (HV 14). Jede künstliche Empfängnisverhütung sei ein Verstoß gegen den in der Ehe angelegten «Liebesplan», der «in einer von Gott bestimmten unlösbaren Verknüpfung der beiden Sinngelalte – liebende Vereinigung und Fortpflanzung – [gründe], die beide dem ehelichen Akt innewohnen» (HV 12).

Die Enzyklika «*Humanae vitae*» – seinerzeit allenthalben lebhaft diskutiert und weithin umstritten – ist bis heute als offizielle Lehrmeinung der katholischen Kirche in Kraft. Böll nahm sie in einer deutschsprachigen Fassung zur Kenntnis, die er der *Süddeutschen Zeitung* vom 3./4. August 1968 entnommen hatte. Sein Exemplar, das sich im Nachlass des Kölner Böll-Archivs befindet, zeugt mit zahlreichen Anstreichungen und Randbemerkungen von einer eingehenden Lektüre. Sie bildete die Grundlage für eine in scharfem Ton geführte Auseinandersetzung, die Böll unter dem Titel «Taceat Ecclesia» (wörtlich: «Die Kirche möge schweigen») alsbald veröffentlicht hat (KA 15, S. 347-350), und zwar im ersten Heft der Zeitschrift *Lit*, einem Literaturmagazin des Verlages Kiepenheuer & Witsch, und auch als Hörfunkbeitrag im *Norddeutschen Rundfunk* (1. Programm, 22. August 1968).

In teils ironischem, teils sarkastischem Tonfall durchstreift Bölls Kritik die Lehr- und Mahnschrift aus Rom. Er versteht sie als «Ausdruck kirchlicher Verkennung jenes äußerst komplizierten Vorgangs [...], den man groberweise Geschlechtstakt nennt». Er sieht in dieser «Verkennung» die «Folge einer allzu lange praktizierten Schnödigkeit der römischen Kirche gegenüber der geschlechtlichen Liebe, vor allem gegenüber der Frau». Das Wort «Geschlechtsakt» sei «so ungalant wie alle kirchlichen Äußerungen über die Frau, die als Ehepartnerin bestenfalls wie eine verhinderte Madonna erscheint». Die Enzyklika sei «langweilig, trocken, im eigentlichen Sinne des Wortes ausdruckslos, weil sie nirgendwo den Mut zeigt, der endlich, endlich notwendig wäre, um galant jene unumstößliche Tatsache anzudeuten oder gar auszudrücken, daß auch die Frau ein Geschlecht hat».

Bölls Kritik an der Enzyklika ist vor allem Sprachkritik. «Was mag das wohl sein: eine keusche Vereinigung der Eheleute», so fragt er im Hinblick auf entsprechende Passagen des päpstlichen Textes, «und was erst mag das mit einer solchen Formulierung

vorausgesetzte andere sein: eine unkeusche Vereinigung der Eheleute?» Eine «Beleidigung» nennt er solche sprachlichen Wendungen, und «rührend» erscheint ihm «die Sorge der Kirche um das ‚physische und psychische Gleichgewicht der Frau« – angesichts ihrer Missachtung und Unterdrückung in der Jahrhunderte währenden Kirchengeschichte. Daher «Taceat Ecclesia»: «Höfliches Schweigen wäre eine Reverenz vor den Damen gewesen, die als Ehefrauen im Lauf der Kirchengeschichte immer Opfer höchst ungalanter, weil unwissender Männer gewesen sind.»

Heinrich Bölls Verhältnis zum Katholizismus war seit seiner Jugend von Ambivalenzen geprägt. Aufgewachsen in einer Familie überzeugter Katholiken, im Glauben an einen persönlichen Gott, in einer als «Gnade» empfundenen Verbindung zur *Una Sancta*, zur heiligen und apostolischen römischen Kirche, kam er früh schon mit den Positionen des konservativen *renouveau catholique* in Verbindung, vor allem mit den Schriften des anarchischen Häretikers Léon Bloy, die auf eine Erneuerung des Glaubens aus dem Geist eines ursprünglichen Christentums zielten. Seither bewunderte er an diesem apokalyptischen Polemiker dessen einzigartige Verbindung von religiösem Fundamentalismus und scharfsinniger Institutionenkritik. Die Veräußerlichung des Glaubens durch die Repräsentanten der Kirche hatte Böll, ganz im Sinne Bloys, schon in seinem ersten großen Roman *Und sagte kein einziges Wort* (1953) bloßgestellt. Irritiert hatte ihn in den folgenden Jahren ebenso die in seinen Augen immer deutlicher erkennbare Verquickung von Kirche und Staat in der Bundesrepublik Deutschland.

Hinzu kam im Jahr 1968 mit der Enzyklika eine von der erotischen und sexuellen Wirklichkeit der Menschen, den Nöten und Sorgen inmitten brüchiger Lebens- und Liebesverhältnisse und dem Elend kinderreicher Familien abstrahierende Sprache der Kanzeln und der theologischen Lehrmeinungen. Bewusst wählte Böll aus dem vielschichtigen Spektrum seiner kritischen Wahrnehmungen den *einen* «Aspekt der Enzyklika»: den «der Verkennung des Geschlechtlichen in der ehelichen Liebe, die ja nicht – was merkwürdiger Weise vorausgesetzt zu werden scheint – freudloser zu sein braucht als die außereheliche». Vor diesem Hintergrund geht Böll es in seinen – so der Untertitel – «Kritischen Anmerkungen zur päpstlichen Enzyklika «*Humane vitae*» um nichts Geringeres als um den Nachweis eines grundlegenden Widerspruchs in der kirchlichen Argumentation. Sie bezeichne sich einerseits als «nicht unfehlbar», verlange andererseits aber «Unterwerfung unter den sogenannten Glaubensgehorsam».

Dieser Widerspruch – so Bölls Vermutung, wenn nicht Hoffnung – könnte die päpstliche Enzyklika «schon bald als ein Dokument der Befreiung für die römischen Katholiken erweisen»: «Ungehorsam [wird] den Weg der Befreiung ebnen». Und er fügte dieser Perspektive einen Satz hinzu, der seinen Wahrheitsgehalt bis heute bewahrt hat: «Wie die Eheleute sich befreien wollen, ist ausschließlich eine Sache der erotischen und sexuellen Ästhetik.»

«Ein Brief aus Prag»

Der Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei in der Nacht zum 21. August 1968 war *das* politische Ereignis des Jahres 1968. Auch für Heinrich Böll – für ihn sogar in besonderer Weise. Er war einen Tag zuvor auf Einladung des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes nach Prag gereist. «Unser Bestreben ist», so hatte es in einem Telegramm des Vizepräsidenten Jan Procházka geheißen, «daß Sie sich an Ort und Stelle über den würdigen Verlauf unseres Erneuerungsprozesses überzeugen und nach Rückkehr die Öffentlichkeit Ihres Lands unterrichten.» Es ging um Wirtschaftsreformen, um den Abbau des Zentralismus, um Pluralismus und Liberalisierung, um die Öffnung eines sich sozialistisch verstehenden Staates für ein Mehrparteiensystem, auch um mehr Freiheit für Kunst und Literatur. Diesen Prozess der Veränderung eines ganzen Gesellschafts-systems, den «Prager Frühling» aus unmittelbarer Nähe wahrnehmen zu können – das musste Böll interessieren; und so hatte er die Einladung, trotz einer Erkrankung, gemeinsam mit seiner Frau Annemarie und seinem Sohn René angenommen.

Sie wurden in der Tat «Zeugen eines historischen Ereignisses» (Böll), über das der Schriftsteller in verschiedenen Texten und Interviews berichtet hat. Diese sind 2018 von René Böll unter dem Titel *Der Panzer zielte auf Kafka* herausgegeben worden, in Verbindung mit einer Einführung von Horst Schulze Wessel und Fotos des Herausgebers, ergänzt um aufschlussreiche Kommentare und vor allem um die faksimilierten und transkribierten Tagebuchnotizen Heinrich Bölls während seines Aufenthalts in der Tschechoslowakei. Dies alles liegt jetzt gesammelt vor. Man kann es nachlesen und sich ansprechen und anrühren lassen von den dichten, die Atmosphäre dieses historischen Ereignisses hautnah vermittelnden Aufzeichnungen.

Es sind – das versteht sich von selbst – vor allem die Tagebücher, aus denen der Eindruck der Bedrohung und Bedrückung nahezu ungefiltert hervorgeht. Der Schock, den am frühen Morgen im Hotel der Ruf «Wir sind besetzt!» auslöst. Die Gänge durch Prag – eine ver-störte und verwüstete Stadt. Die permanente Präsenz der Panzer und die Schießereien des Nachts. Die Schäden im Stadtbild (zerquetschte Autos, von den Panzern zerfahrene Bordsteine). Die Schließung der kulturellen Einrichtungen durch die Besatzer. Die Verzweiflung der Arbeiter, der jungen Menschen. Diskussionen zwischen den Prager Bürgern und den sowjetischen Soldaten. Die Hilflosigkeit der Aufrufe von Seiten der tschechischen Regierung. Das politische Machtvakuum. Streikdrohungen. Illegale Flugblätter. Plakate und Parolen an Hauswänden. Insgeheim geführte Gespräche mit Schriftstellern und Intellektuellen. Interviews mit verdeckter Kamera. Versorgungsengpässe. Fluchtbewegungen.

Einen ersten konzentrierten Bericht mit Situationsschilderungen und Stimmungseindrücken aus der besetzten tschechoslowakischen Hauptstadt, mit Urteilen über den politischen Kontext und Reflexionen über die Konsequenzen für die europäische Zukunft schickte Heinrich Böll in die Schweiz. Der Dramatiker Friedrich Dürrenmatt hatte im

Zusammenhang einer Veranstaltung im Basler Stadttheater Böll als einen «der integersten Schriftsteller Deutschlands» gebeten, seine Stimme gegen den Überfall auf die Tschechoslowakei zu erheben. Bölls Text trug den Titel «Ein Brief aus Prag» und wurde zuerst in der *Basler National-Zeitung* veröffentlicht. In diesem kurzen Brief fasste Böll nicht nur seine persönlichen Eindrücke prägnant zusammen, sondern er formulierte zum Abschluss zudem eine Perspektive, die über den Anlass hinauswies – auf den Krieg in Vietnam ebenso wie auf die gemeinsamen Werte in Ost und West: «Die Tschechoslowakei hat bewiesen, daß Freiheit nicht in eine westliche und östliche geteilt werden muß. Ihre Freiheit ist unsere, wie die Freiheit der amerikanischen Demonstranten und Kriegsgegner. Ich habe während der fünf Tage in Prag die absolute Solidarität der tschechoslowakischen Nation erlebt. Ich kann nur hoffen, daß diese Solidarität den Menschen helfen wird, das fürchterliche Faktum der Okkupation zu überstehen und zu überwinden.» (KA 15, S. 352)

«Notstandsnotizen»

Am 10. September 1968 erschien in der Zeitschrift *Konkret* ein Essay Heinrich Bölls, den man – ohne allzu hoch zu greifen – eine Elegie nennen darf. Es war ein Abgesang auf die Demokratie, das traurige Lied auf das Ende einer Hoffnung: durch Einmischung und Engagement, Argumente und Aktionen, Proteste und Provokationen zu guter Letzt doch noch Einfluss auf politische Prozesse und parlamentarische Prozeduren nehmen zu können. Befürchtet wurde, dass die rechtsstaatliche Grundordnung durch eine Art zweiter Verfassung im Fall eines übergesetzlichen Notstandes wiederum – wie einst durch das «Ermächtigungsgesetz» der Nationalsozialisten im März 1933 – durch ein legales parlamentarisches Verfahren ausgehebelt werden könnte. Als Bedrohung wurde die mögliche autokratische Umgestaltung des öffentlichen Lebens angesehen. Unheilvoll stand das Szenario einer vollständigen Militarisierung der Gesellschaft im Raum. Die Generalvollmacht für künftige Regierungen schien ihre dunklen Schatten vorauszuwerfen. Gefragt war deshalb auf Seiten der Notstands-Gegner die Solidarität der Demokraten, innerhalb und außerhalb des Bundestages. Veränderungen der Notstandsgesetzgebung im Einzelnen anzustoßen, um einen Wandel im Grundsätzlichen herbeizuführen – das war die Absicht.

Widerstand hatte sich geregt, seit der Rechtsausschuss des Bundestages am 27. März 1965 einen überarbeiteten Entwurf für eine Notstandsgesetzgebung vorgelegt hatte. Dieser war erforderlich geworden, nachdem der damalige Innenminister Gerhard Schröder (CDU) – nicht zu verwechseln mit dem späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) – 1960 mit einem ersten Entwurf am Votum der SPD gescheitert war. Gegen die neue Vorlage richtete sich angesichts der seit November 1966 amtierenden Regierung einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD vehementer außerparlamentarischer Widerspruch auf verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ebenen. Gewerkschaften, studentische Organisationen, lokale Notstandsausschüsse fanden im Kuratorium «Notstand der Demokratie» zusammen. Ihm gehörten Landtagsabgeordnete und Wissenschaftler an, Repräsentanten der Kirchen und Schriftsteller, unter ihnen auch Heinrich Böll. Am 30. Oktober 1966 veranstaltete das Kuratorium auf dem Frankfurter Römerberg einen Kongress, den auch mehrere Gewerkschaften unterstützten. Bis Ende 1967 etablierten sich bundesweit etwa 150 Notstandsausschüsse. Kuratoriumsmitglieder wie der Verfassungsrechtler Helmut Ridder oder der Politologe Wolfgang Abendroth beteiligten sich an öffentlichen Anhörungen. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war erheblich. Anlässlich der 2. und 3. Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag wurde im Frühjahr 1968 zu Großkundgebungen aufgerufen. Am 11. Mai 1968 fand ein Sternmarsch nach Bonn mit einer abschließenden Kundgebung statt. Zur gleichen Zeit kam es zu Protestdemonstrationen in Berlin, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hamburg und München. Schätzungen sprechen von insgesamt 150.000 Teilnehmern.

Böll selbst war im Bonner Hofgarten als Redner aufgetreten. Zur Vorbereitung hatte er sich über einen längeren Zeitraum hinweg mit den einschlägigen Problemen und Fragen

befasst: Materialien gesammelt, Dokumente zusammengestellt, Texte entworfen, Interviews gegeben. Er wusste, wovon er sprach, wenn er seine Kritik gegen Teile des Gesetzwerks («alle Vollmachten für eine totale Mobilmachung», «ein Dickicht von Undurchschaubarkeiten») ebenso richtete wie gegen das Gesetzgebungsverfahren («ihre letzte Fassung bis vor wenigen Tagen fast geheimgehalten», «die Öffentlichkeit nur sehr mangelhaft informiert», «verdächtige Hast»). Die vorgesehenen Anwendungsbereiche («Spannungsfall, bei drohender Gefahr, Zustand äußerer Gefahr, militärisch bewaffneter Aufstand») erschienen ihm nicht hinreichend präzise definiert. Die Dehnbarkeit der im Gesetz verwendeten Begriffe biete, so Böll, vielfältige Möglichkeiten zu ihrer missbräuchlichen Anwendung. Die denkbare Zusammenlegung von Exekutive und Legislative bedeute eine «große Verführung» zur «Aufhebung von Grundvoraussetzungen der Demokratie». Sein Fazit, diesem Befund entsprechend, war deutlich: «Der fiktive Notstand, der durch die Notstandsgesetze geregelt werden soll, ist durch Gesetze nicht regulierbar.»

Böll hat seinem Beitrag zur Kundgebung im Bonner Hofgarten einen programmatischen Titel gegeben: «Radikale für Demokratie» (KA 15, S. 335-338). Um Missverständnisse vermeiden zu helfen, fügte er hinzu: «Nehmen Sie auch das, was als Schimpfwort gemeint ist: Radikalismus, als Ehrentitel an, gehen Sie, das ist der Sinn des Wortes Radikalismus, an die Wurzeln, denken Sie zurück bis 1945». «Radikalismus» bedeutete für Böll mithin nicht Gewalttätigkeit. Im Gegenteil: Er betonte auch für den Fall der Verabschiedung der Notstandsgesetze gegenüber seinem Publikum im Bonner Hofgarten: «Lassen Sie sich nicht zu gewalttätigen Aktionen hinreißen oder verleiten. Solche Aktionen wären politisch vollkommen sinnlos. Sie müssen alles neu bedenken, neu definieren, es gibt kein Modell, das zu übernehmen wäre. Sie müssen sich verständlich machen, so artikulieren, daß die Gesellschaft, die Sie verändern wollen, zum Gespräch gezwungen wird».

Das gewünschte Gespräch fand nicht (mehr) statt. Am 30. Mai 1968 wurden die Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag in dritter Lesung verabschiedet, in namentlicher Abstimmung, mit einer Mehrheit von 384 Ja- bei 100 Nein-Stimmen und einer Enthaltung. Das Kuratorium «Notstand der Demokratie» löste sich auf. Heinrich Böll zog mit seinen «Notstandsnotizen» (KA 15, S. 353-357) eine desillusionierte Bilanz. Sie setzt mit dem Rückblick auf die Kundgebung am 11. Mai 1968 ein, verbindet seine Eindrücke mit Erinnerungen an das Dritte Reich und das Kriegsende, an Personen und Situationen, die lebensgeschichtlich für ihn mit der Hofgarten-Szenerie verwoben blieben – mit einem «Anfang voller Hoffnung». Doch der Mai 1968 bedeutete das «Ende dieser Hoffnung»: «Entgegen aller Vernunft hatte ich beim Sternmarsch tatsächlich die Hoffnung, die SPD wäre noch umzustimmen, noch zu retten; nicht die Illusion, die Hoffnung. In den Tagen nach dem Sternmarsch gab ich diese Hoffnung auf. Es waren die peinlichsten Tage in der Geschichte des deutschen Nachkriegsjournalismus, und es gab keinen Grund, die Springerpresse schlimmer zu finden als die anderen.»

Seine Notizen zum Notstand der Demokratie, wie Böll ihn sah, wurden in der Zeitschrift *Konkret* unter dem Titel «Nachtrag zum Notstand. zersetzen – zersetzen – zersetzen»

veröffentlicht. Es handelte sich um ein wörtliches Zitat aus Bölls Beitrag. Zur Begründung konnte man lesen: «Zersetzung ist hier die einzig mögliche Form der Revolution.» «Zersetzung» hieß für Böll: die Entzauberung des politischen Personals voranzutreiben – darunter ehemalige Nationalsozialisten wie der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke und der amtierende Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger – und ebenso die historische, politische oder kulturelle Vermittlungsarbeit gegenüber ausländischen Journalisten einzustellen. «Zersetzung» hieß zudem: «Abschiedsgesang» an die «*Spiegel*-Demokratie» und Abgesang auf «die APO der Etablierten». Es war sein persönlicher Schlusstrich unter der Nachkriegsgeschichte, den Böll mit dem sarkastischen Vorschlag verband, alle offiziellen Ehrungen und Dekorationen nachträglich abzulehnen: «Es wäre ein hübscher feuilletonistischer Abschluß für *diese* Etappe der Demokratie, wenn alle, auch die von Heuss dekorierten Bundes-Ordensträger, per Einschreiben ihr Spießer-Klimbimchen an Lübke zurückschickten.»

«Für Peter Huchel»

Heinrich Bölls gesellschaftspolitisches Engagement hat vielfach Irritationen ausgelöst. Warum musste dieser Autor sich immer wieder in heikle Debatten und konfliktreiche Auseinandersetzungen einmischen? Woher bezog er seine Motivation? Woher die Energien? Was berechtigte ausgerechnet einen Schriftsteller dazu, öffentlich die Stimme zu erheben? Und die hierfür erforderliche Zeit – investierte er sie nicht auf Kosten seiner literarischen Arbeit?

Das verbindende Element der Interventionen Heinrich Bölls ist der Versuch, mit den Mitteln eines Schriftstellers – denen der Sprache, der Poesie, der Kunst – die jeweils bestehenden Herrschaftsverhältnisse und Machtkonstellationen dort in Frage zu stellen, wo sie Anlass zum Verdacht auf Missbrauch geben, wo sie zur Einschränkung von Freiheit tendieren. Es spricht deshalb nicht gegen die zuvor zitierten Texte, dass die jeweils befürchteten Konsequenzen, etwa im Fall der Notstandsgesetze, am Ende nicht eingetreten sind, sowenig wie später, nach dem NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er-Jahre, die Bedrohung durch atomare Aufrüstung tatsächlich militärische Folgen gezeitigt hat. Auch wenn sein langjähriger Lektor Dieter Wellershoff die «Denkmuster» Bölls gelegentlich als Ausdruck einer «antagonistischen Weltsicht» bezeichnet hat – seine warnenden Worte waren doch mehr als nur Signale eines idiosynkratischen Alarmismus. Auch deshalb hat er seine Interventionen kategorial nicht von seinen literarischen Arbeiten im engeren Sinn unterschieden. «Ich glaube, daß man das gar nicht trennen kann, daß auch ein Essay oder ein Pamphlet, so eine Polemik, die ich schreibe, genauso, sagen wir literarisch ist wie ein Roman, den ich schreibe» (KA 25, S. 511), so hat er gelegentlich betont. Es ging ihm darum, in der ihm eigenen Sprache auf die Zumutungen der Welt zu antworten.

In einem kleinen Gedicht aus dem Jahr 1968 mit dem Titel «Für Peter Huchel», das Heinrich Böll 1968 aus Anlass der Verleihung des Großen Kunstpreises von Nordrhein-Westfalen an den in der DDR lebenden Dichter verfasste, hat er dieser Disposition Ausdruck gegeben:

*wortlos
im Stacheldraht West
wird das Eindeutige zweideutig
wortlos
im Stacheldraht Ost
das Zweideutige nicht eindeutig*

(KA 15, S. 330)

Auch dieses Gedicht ist ein Beispiel für die «Einmischungen» Bölls. Es bezieht Position gegen Zensur und Unterdrückung, im Osten wie im Westen. Es kritisiert das

Publikationsverbot, das die Kulturbürokraten in der DDR gegen den großen Lyriker und einstigen Herausgeber der Zeitschrift *Sinn und Form* verhängt hatten. Mithilfe des Attributs «wortlos» stellt es die sprachlichen und damit die politischen Verhältnisse in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen vergleichend gegeneinander. Es enthält darüber hinaus ein poetologisches Postulat, indem es die Konsequenzen der «Wortlosigkeit» vor Augen führt: im Westen («wird das Eindeutige zweideutig») wie im Osten («das Zweideutige nicht eindeutig»). So warnt das Gedicht vor Sprachlosigkeit angesichts der jeweiligen Machtssysteme und Herrschaftsverhältnisse («Stacheldraht West», «Stacheldraht Ost»). Und es fordert – unausgesprochen, doch in der dialektischen Verkehrung deutlich vernehmbar – dazu auf, es nicht bei der Wortlosigkeit zu belassen, sondern die Stimme zu erheben, auch und gerade als Dichter, damit im Westen das «Eindeutige» nicht zweideutig, im Osten das «Zweideutige» eindeutig werde.

Antwort geben auf die Fragen der Zeit

«Wortlos»: Damit ist zugleich das Stichwort benannt, unter dem sich die hier zitierten sechs Texte Heinrich Bölls aus dem Jahr 1968 in ein Verhältnis zu seinen wiederholten Interventionen aus mehr als drei Jahrzehnten setzen lassen. Sie sind, alle miteinander, Ausdruck grundlegender Prägungen, die dieser Autor durchlaufen hat, und Resultat von Erfahrungen, die er sich schreibend erarbeitete – Versuche mithin, eine frühzeitig durchlebte, erzwungene Wortlosigkeit zu überwinden, um diese auf eine produktive Weise in Antwortmöglichkeiten zu verwandeln.

Jene «mehrwöchige Übung» etwa, zu der man ihn im Sommer 1939 eingezogen hatte und die «sich bis zum Ende des Jahres 1945 hin[zog]» (KA 5, S. 335) – sie war es, die Erfahrung des zur Wortlosigkeit verdamnten Soldaten des Zweiten Weltkriegs, die ihn ein Leben lang die Stimme erheben ließ gegen Bewaffnung und Aufrüstung. Sie warf schon 1953 in ihm die Frage nach «überlebenden Deserteuren» (KA 6, S. 274) auf. Sie rief 1954, angesichts der allgegenwärtigen atomaren Bedrohung, seinen Protest gegen die «Möglichkeit zum kollektiven Selbstmord der Menschheit» (KA 7, S. 382) wach. Und sie motivierte ihn noch 1983 im Bonner Hofgarten, vor Hunderttausenden Zuhörern, zu einer gegen den NATO-Doppelbeschluss sich richtenden Rede.

Seine in jungen Jahren begründete, tief religiöse Aversion gegen verlogene Autoritäten und falsche Hierarchien führte ihn zu einer Kritik an der Verdrängung des Nationalsozialismus und des Genozids an den Juden aus dem öffentlichen Diskurs der 1950er Jahre, gegen die Verwendung von «Vokabeln» wie «Ehre, Ruhm, Opfer, Einsatz, Vaterland» ebenso wie gegen die Reden von Ministern, «die sie, ohne im geringsten gefährdet zu sein, gerade so gut 1936, 1939 oder 1943 hätten halten können» (KA 7, S. 376f.).

Noch 1984, nur ein Jahr vor seinem Tod, wies er, anlässlich des 25-jährigen Bestehens der von ihm mitbegründeten Bibliothek Germania Judaica, nicht nur auf die «Geschichte des deutschen Judentums» hin, sondern auch auf Außenseiter und marginalisierte Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland, auf Minderheiten, «die unter uns leben: Asylanten, Ausländer aller Art und auch Arbeitslose, denen man offen Verachtung zu zeigen beginnt, deren Angst man schürt und deren Zittern wir spüren» (KA 22, S. 393).

Und last, but not least: Ob als Präsident des Internationalen PEN-Clubs, ob als individueller literarischer Autor oder als intellektueller «Einzelkämpfer» (Böll) – die Stimme zu erheben, wo die Kunst generell in Gefahr war oder einzelne Künstler und Intellektuelle unterdrückt wurden, das erschien dem Schriftsteller Heinrich Böll ein Leben lang als Selbstverständlichkeit. Nach Antworten zu suchen und Antwort zu geben auf die Fragen seiner Zeit, war Teil seiner Persönlichkeit. Auch deshalb fehlt er heute, 50 Jahre nach <1968>.

Der Autor

Ralf Schnell, geboren 1943, ist emeritierter Professor für Neuere deutsche Literaturgeschichte und Medienwissenschaft. Er ist Mitherausgeber der Kölner Ausgabe Bölls; zu seinen weiteren wichtigsten Publikationen gehören *Dichtung in finsternen Zeiten* (1998), *Geschichte der deutschsprachigen Literatur seit 1945* (2003), *Deutsche Literatur von der Reformation bis zur Gegenwart* (2011) und *Heinrich Böll und die Deutschen* (2017; 2. Auflage 2018).

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Roman Schmidt, Referent für Zeitgeschichte **E** Roman.Schmidt@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: August 2018

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.boell.de/publikationen